

Resolution zur Beteiligung der Türkei und Deutschlands am Krieg in Syrien

Von ihrem 26. Ratschlag an der Universität Kassel aus protestiert die deutsche Friedensbewegung gegen den **völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei** gegen Syrien, der sich insbesondere gegen die im Grenzgebiet lebende kurdische Bevölkerung richtet.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung ein sofortiges und **vollumfängliches Waffenembargo** gegen die Türkei. Hermes-Bürgschaften für Türkei-Investitionen deutscher Unternehmen müssen eingefroren werden. Gegen die türkische Staatsführung müssen **Sanktionen** ergriffen werden. Für die türkische Besatzungs- Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik bezüglich Nordsyrien darf es **keinerlei politische, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung** geben.

Von den Parteien des deutschen Bundestages fordern wir, das **Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Syrien und im Irak** sofort zu beenden.

Die **Kriminalisierung von kurdischen Organisationen** ist zu beenden.

Laut UN- und Hilfsorganisationen leiden die Menschen in Syrien mittlerweile stärker unter der **Wirtschaftsblockade** als unter dem Krieg. Millionen Flüchtlinge müssen aufgrund des schleppenden Wiederaufbaus zerstörter Wohnungen und Infrastruktur noch in den Nachbarländern ausharren. Wir fordern die Bundesregierung auf, die inhumane, menschen- und völkerrechtswidrige Wirtschaftsblockade [Wirtschaftssanktionen] gegen Syrien nicht länger zu unterstützen sowie **Wiederaufbauhilfe** im ganzen Land zu leisten.